



### MITTELSTAND GESTALTEN

Werde aktiv und Mitglied im
Liberalen Mittelstand NordrheinWestfalen. Gestalte gemeinsam mit
Unternehmern aus verschiedensten
Branchen den deutschen Mittelstand.

Der Liberale Mittelstand ist Plattform,
Netzwerk und politisches Sprachrohr
für liberal gesinnte Mittelständler. Wir
sind die Interessensvertretung und
kompetenter Ansprechpartner von kleinen
und mittelständischen Unternehmern,
Freiberuflern, Selbstständigen sowie
deren Mitarbeitern als selbstbestimmte
Marktteilnehmer im Geiste der Aufklärung
und des Liberalismus.

Unser zentrales Leitbild ist dabei Freiheit als Selbstbestimmung und Übernahme von Verantwortung für sich selbst wie auch für Unternehmen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft insgesamt. Die Zusammengehörigkeit von Verantwortung und Haftung ist für uns selbstverständlich.

FÜR SCHÜLER, STUDENTEN UND AZUBIS 42,00 EURO PRO JAHR.

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesgeschäftsstelle

Ehrenfeldstraße 14, 44789 Bochum

Tel.: 0211. 49 70 940

Fax: 0211. 88 25 31 237

E-Mail: geschaeftsstelle@liberaler-mittelstand.nrw

Webseite: www.liberaler-mittelstand.nrw





Tim Schütz
Chefredakteur

Liebe JuLis,

Weihnachten ist die Zeit des Jahres, in der das Durchatmen, die Gemeinschaft mit der Familie, das Zulegen an Gewicht, aber auch das Fazit-Ziehen und Zurückblicken im Vordergrund stehen. Das Jahr 2018 liegt hinter uns und hatte politisch neben zeitweise monothematischen Diskussionen um Einwanderungspolitik und (freundlich gesagt) die politische Diskussionskultur auch viele Themen zu liefern: Hambacher Forst, Krisenherde Türkei und Saudi-Arabien, Dieselfahrverbote, Rentenpläne und Diskussionen um die Wehrpflicht.

Doch ehrlich gesagt: Sind dies die Themen, die der breiten Masse in Erinnerung bleiben werden? Sind nicht vielmehr personelle Querelen um die Personen Maaßen, Seehofer, Merkel, Merz oder Spahn im Blickfeld gewesen und haben effektiv unerlässliche Diskussionen über zentrale Zukunftsthemen verschleiert?

In dieser letzten Ausgabe des Jahres 2018 steckt so viel Diskussion um das Zukunftsthema Digitalisierung und so viel Leidenschaft in Debatten um den Arbeitsmarkt der Zukunft oder die Netzneutralität, dass man es durchaus gern als Geschenk für das Bundeskanzleramt auf den Wunschzettel von Helge Braun schreiben würde.

Marc geht anhand zahlreicher Beispiele darauf ein, wie Digitalisierung den juristischen Sektor prägen wird. Anne will verdeutlichen, dass auch die JuLis eine (digitale) Vision haben. Elias ordnet den internen Digitalisierungshype ein, indem er ein leichtes "mentales Bremsen" im Umgang mit der Digitalisierung fordert, und Claudio berichtet von dem Aufholbedarf beim Thema Blockchain.

Zudem werden euch weitere Mitglieder des Landesvorstandes bildlich vorgestellt, unser Landesvorsitzender Jens veröffentlicht die JuLis-Ni-kolausforderungen an die FDP-Landtagsfraktion und Patrick beantwortet mit einem weihnachtlichen Augenzwinkern Fragen, wie es nicht einmal Dr. Sommer aus der Bravo gekonnt hätte.

Ich wünsche euch wie immer viel Spaß bei der Lektüre, eine erholsame Weihnachtszeit und einen guten Start in das politisch aufregende Jahr 2019!

Euer



### THEMEN

- 1. Anne will ..
- 2. Digitalisierung Ich kann es nicht mehr hören
- #EndlichFrei
- 4. Politik ohne Worte
- 5. Pro vs. Kontra Jobverlust durch Digitalisierung
- Von Liechtenstein und Byzanz der deutsche Umgang mit Blockchain und Co.
- 7. Im Interview: Marcel Hafke
- 8. Über den Tellerrand hinweg
- 9. Digitale Gesellschaft digitales Recht?
- 10. Pro vs. Kontra die Netzneutralität
- 11. Auf dem Weg zum Smart Hospital: Vernetzen first, versorgen second?
- Junge Liberale: Forderungen statt Schokolade im Stiefel der FDP
- 13. Letzte Seite Frag Dr. Guidat

### **IMPRESSUM**

### CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.

Tim Schütz (tim.schuetz@julis-nrw.de)

### REDAKTION

Marc Bauer, Patrick Guidato, Ralf Keller, Lennard Kroll, Isabel Kraemer (Ressortleiterin Interview), Fabian Schefczik, Lukas Schmitz-Peiffer, Elias Sentob, Alexander Steffen, Martin Stollberg, Jens Teutrine, Claudio Weber, Anne Wickborn (Ressortleiterin Kolumne)

### HERAUSGEBER UND VERLAG

Junge Liberale Landesverband NRW e.V. Sternstraße 44 40479 Düsseldorf Telefon (0211) 4925185 julimagazin@julis-nrw.de

### FOTOS

photocase.com/Adobe Stock

### **GESTALTUNG**

BTW MARKETING Werbeagentur, Werne

### **DRUCK**

frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.



Anne will...

auf der Bühne beim Bundeskongress in Bingen hast du eine Vision gefordert. Eine Leitlinie, ein Ziel, auf welches wir hinarbeiten und das uns Liberale wieder zusammenhalten lässt. "Die Grünen", hast du gesagt, "die wissen genau, wo sie hinwollen." Die Forderung nach einer positiven Zukunftsvision, einer Utopie, die deutlich macht und illustriert, wo wir hinwollen, ist berechtigt.

Ich glaube aber, sie existiert bereits. Nein, sie ist nicht so klar und eindeutig skizziert, wie es die Vision der Grünen ist. Es fehlt ihr noch an Greifbarkeit und viel zu oft versteckt sie sich hinter Phrasen, die angesichts

des mangelnden Vermögens, sie in Worte zu fassen, als Platzhalter ihren Eingang in Reden und Wahlprogramme finden. Phrasen, die ausgedroschen und verbraucht klingen, weil klar ist, wie wenig von der eigentlichen Vision sie wirklich beschreiben.

Unsere Zukunftsvision ist nicht nur die einer digitalisierten Gesellschaft. Wir wollen nicht einfach iPads säen und darauf warten, dass Zukunft daraus wächst. Wir wollen auch nicht einfach schnelleres Internet, vernetzte Autos oder Online-Behördengänge. Die Fragmente alleine ergeben keine Vision, die zusammenhält – sie taugen allenfalls als kurzfristige Ziele, als Punkt zwei oder drei im

Kurzwahlprogramm für die Fußgängerzone.

Die Vision, die dahintersteht und sich immer mal wieder in hitzigen Debatten über Uploadfilter, Glasfaseranschlüsse und

Netzneutralität zeigt, ist die einer Gesellschaft, in der die Chancen der Digitalisierung den einzelnen Menschen zur vollen Entfaltung seiner Möglichkeiten befähigen. In der die Digitalisierung den Einzelnen nicht nur vernetzter, smarter und erreichbarer, sondern vor allen Dingen freier, informierter und fähiger macht.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, aber sie öffnet uns die Tür zu einer besseren Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der die riesige Informationsvielfalt des Internets den Einzelnen nicht überwältigt, sondern ihn befähigt, sich ein eigenes Bild von Produkten und Sachverhalten zu machen und mündige Entscheidungen über sein Handeln zu treffen. Eine Gesellschaft, in der ich selber bestimmen kann, wann und von wo aus ich arbeite. Eine Gesellschaft, in der die Digitalisierung eine Prozessoptimierung ermöglicht, die nicht nur Zeit und Geld spart, sondern auch Ressourcen schont und der Verantwortung gerecht wird, die wir für die nächste Generation tragen.

Unsere Vision geht über die Windräder und Naturidylle der Grünen weit hinaus. Sie beschreibt eine Welt, in der die Digitalisierung Werkzeug zur selbstbestimmten Lebensgestaltung ist. Wir kämpfen nicht nur für die Digitalisierung, sondern dafür, dass das Homeoffice den Widerspruch zwischen Familienplanung und Karriereambitionen auslöscht, dass die Nachhilfe nicht für zwölf Euro die Stunde am anderen Ende der Stadt, sondern für jeden finanzierbar im Internet stattfindet. Für die lebensrettende, digitale Krankenakte. Für einen vernetzten und effizienten Nahverkehr. Für den Arztbesuch per Skype. Wir kämpfen dafür, dass die Digitalisierung unsere Gesellschaft um Tausende Möglichkeiten bereichert und sie freier, partizipativer und vielseitiger macht.

Es ist eine Vision, die wir genauer erkennen, klarer formulieren und bestimmter nach außen tragen müssen. Das Wort "digital" 116 Mal in ein Wahlprogramm zu schreiben reicht noch nicht aus, um die Chancen der Informationsrevolution den Wählerinnen und Wählern angemessen zu illustrieren. Die Artikel in diesem Heft zeigen eines deutlich – an Ideen für eine liberale Zukunftsvision, die das Potenzial des digitalen Zeitalters nutzt, mangelt es uns jedenfalls nicht.

Liebe Grüße

Anne Wickborn (17), angehende Medizinstudentin, ist Beisitzerin im Bezirksvorstand Aachen und Ressortleiterin Kolumne des JULIMAGAZINS. Ihr erreicht sie unter: anne.wickborn@julis.de



Geber Jen



Es ist wieder so weit: Weihnachten steht vor der Tür. Wie jedes Jahr haben wir es geschafft, auf den letzten Drücker Geschenke für unsere Liebsten zu besorgen, die Familie zu besuchen, und wie jedes Jahr haben wir jetzt schon die passenden Worte für Verwandte parat, die an diesen Festivitäten durch Nachfragen zu Beruf, dem Studium oder der Schule subtil ihr Desinteresse an einem kundtun. Und wieder werden wir gefragt, was denn die Politik so mache. Wie immer also. Doch ist es wirklich wie jedes Jahr?

Oder hat sich etwas getan, seitdem die FDP Nein zu Jamaika gesagt hat? Was ist zum Beispiel mit unserem zentralen Thema, der Digitalisierung? Präsentiert uns die Große Koalition etwas zum Jahresende 2018?

Weihnachten ist das Fest der Liebe und der Träumerei und so ein bisschen Träumerei schadet doch nicht. Aber während die Regierung seit Jahren den großen Wandel unserer Zeit, die Digitalisierung, verschläft, liegt Opa Heribert goldrichtig, wenn er beim Auspacken der neuen technischen Geräte unter dem wohlgeschmückten Weihnachtsbaum den Ärger darüber, was viele zukunftsorientierte Liberale predigen, beim Namen nennt: "Digitalisierung, ich kann es nicht mehr hören."

Im Gegensatz zum Rest verschlafen unsere Mitglieder die Digitalisierung nicht, wir verträumen sie. Ob das so schlimm ist, wie sie zu verschlafen? Ganz bestimmt nicht. Bei uns ist angekommen, dass wir uns in der Zeit des Umbruchs befinden. Bei uns ist auch angekommen, welche Vorteile die Digitalisierung birgt, seien es effizientere Behördenabläufe, ein breiter Abbau der Bürokratie, offene Türen für die Chancengleichheit oder moderne Methoden in der Bildung und Forschung. Auch ist bei uns angekommen, wie sehr wir in dieses Zukunftsprojekt investieren müssen, sodass jeder davon profitieren kann. Was also haben wir verträumt?

Liebe JuLis, verträumt haben wir zweierlei. Zum einen haben wir übersehen, dass ein großer Teil unserer Bevölkerung auf ein Alter zugeht, das sich wieder in Einsen und Nullen ausdrücken lässt, und dass diese Menschen nicht wie viele uns sogenannte Digital Natives sind. Jene Museumsstücke lehnen die Digitalisierung mit den Worten ab, dass es immer anders funktioniert habe, man nicht jedem Trend hinterherlaufen müsse und das Internet ohnehin mehr Gefahren als Chancen berge. Und diese Einstellung sehen wir nicht nur bei Rentnern und älteren Menschen, auch vergangenheitsorientierte Schulen weigerten sich im Jahr 2018 noch, Handyverbote aufzuheben oder dem Unterricht mehr Raum für die Neuen Medien zu geben.

Wenn eine Partei sich "Digitalisierung" auf die Fahne schreibt, dann muss diese nicht nur konkrete, politische Impulse geben, sodass sich etwas in Richtung Zukunft bewegt. Wir brauchen genauso dringend ein gesamtgesellschaftliches Neudenken. Wir brauchen kein "naives Trend-Hinterhergelaufe", aber auch keine totale Abschottung. Denn mit der Digitalisierung verhält es sich wie mit allem, wofür wir Liberale stehen: Wer sie voranbringt, muss auch ihre Konsequenzen tragen und Verantwortung übernehmen. Wer sie voranbringt, darf sie nicht wie ein Weihnachtsgeschenk unter den großen Tannenbaum der Bevölkerung legen, sondern muss sie zu einer sachlich geführten Debatte machen, in der genügend Raum für Bildung, Aufklärung und Diskussion bleibt. Und auch wenn Lindner "Bedenken" hintanstellt, wogegen in erster Linie nichts spricht, darf "Second" für uns nicht zu einem "Irgendwann mal" werden.

Nie war mehr Anfang als jetzt, galt also nicht nur für die Jungen Liberalen nach der Bundestagswahl 2017, sondern auch für den richtigen Umgang mit den Dingen, die unsere Zeit prägen. Wir müssen allen Bürgern verständlich machen, wo die konkreten Gefahren der Digitalisierung liegen, wie wir unsere Kinder darauf vorbereiten und wo wir Grenzen ziehen können: In welche Bereiche unseres Lebens soll die Digitalisierung vordringen?

Versteht mich nicht falsch. Ich bin Fan der Digitalisierung. Doch als 2001er und einer der Letzten derer, die den Großteil ihrer Kindheit ohne die Existenz von Smartphones genossen haben, bin ich auch der Meinung, dass das "Im-Wald-Spielen" und Begreifen von Dingen durch "Die-Hände-schmutzig-Machen" in der Natur um ein Vielfaches wichtiger ist als der Umgang mit sozialen Medien und dem Internet, zumindest in der frühkindlichen Entwicklung und im Grundschulater

Wenn also eine Liberale fordert: "Wir brauchen iPads in den Kindergärten!", erwarte ich mindestens eine andere, die auf die Gefahren eines blinden Umgangs mit Messengern und Chatportalen aufmerksam macht. Von einer Instagram-Biografie, die da lautet "Jan-10yosingel-send PN for fun (Auberginen-Emoji)", zum Versenden von Nacktbildern bis hin zu organisiertem Mobbing ist mit Smartphones nämlich alles möglich, weshalb Manfred Spitzers Forderung, Smartphones für Kinder zu verbieten, in ihren Grundsätzen nachvollziehbar ist. Als Gründe dafür nennt der Arzt neben gesundheitlichen Schäden aber auch die Wichtigkeit, sich mit sozialen Herausforderungen messen zu können. So behauptet er unter anderem: "Je mehr Bildschirm-Nutzung ein junger Mensch hat, desto weniger Empathie empfindet er für seine Eltern und Freunde." Meilenweit weg von der Realität scheinen diese Forderungen, aber dennoch nachvollziehbar.

Lasst uns diese Themen wieder in unsere Debattenkultur katapultieren und nicht allem, was Digitalisierung heißt, verträumt hinterherklatschen, sondern den Finger in die Wunde legen und an den wesentlichen Stellen nachfragen: "Muss das sein? iPads in Kindergärten, brauchen wir das?"

Und am wichtigsten: Können wir den älteren Generationen und vor allem unserer Jugend vielleicht noch effektiver, vielleicht sogar mit einem Unterrichtsfach, vielleicht von Spezialisten und Psychologen vermittelt, darlegen, was für eine Verantwortung man übernehmen muss, wenn man über das Internet scheinbar Herr aller Dinge wird?

Wenn wir über diese Fragen gestritten haben, muss im Endeffekt trotzdem jeder für sich entscheiden. Soll bei den unter Zehnjährigen zu Weihnachten ein Smartphone unter dem Weihnachtsbaum liegen? Und wenn ja, welche Strategie hat man als Eltern, Lehrer oder sonstige Bezugsperson parat, um unsere Schützlinge in der Welt der tausend Möglichkeiten und mindestens genauso vielen Gefahren zurechtkommen zu lassen?



Elias Sentob (17) studiert Wirtschaftschemie in Düsseldorf und ist Beisitzer im Bezirksvorstand der JuLis Niederrhein. Erreichen könnt ihr ihn unter: elias.online7@gmail.com



Digitale Technologie macht Menschen faul. Falsch! Digitale Technologie schafft Auswahl. Wofür möchte ich meine begrenzten geistigen Ressourcen einsetzen? Zwei Quadratmeter Landkarte auf einer der 99 Unterbrechungen während der Autofahrt lesen oder Google mittels Spracherkennung in 2 Sekunden sagen, wo ich hinfahren mag?

### #BesserAnalog

"Leg doch mal das Google weg, früher mussten wir so etwas noch auswendig wissen." So oder so ähnlich können spontane Redebeiträge aussehen, wenn man googelt, welche Bundesländer es in Deutschland gibt. Danke für den Tipp, sage ich da nur, denn in der Zeit, in der du die Bundesländer auswendig gelernt hast, habe ich mir schon Gedanken darüber gemacht, warum die Bundesländer mit ihren "Wünsch dir was"-Bildungsstandards jede Form der gerechten Lebenschancen torpedieren. Die Diskussionen zwischen den Generationen verlaufen häufig an den Konfliktlinien des Einsatzes von Technologie. Gedächtnis oder Google, Brief oder E-Mail, Bücherei oder Kindle. Es wird darüber gestritten, ob uns Onkel Google zur Faulheit erzieht und wir, offen gesprochen, verblöden.

Nun ist die Kritik der Menschen aus Analogland aber nicht völlig haltlos, denn die

intellektuelle Herausforderung des Auswendiglernens stimuliert unser Gehirn mehr als das Tippen von Worten in unseren Freund und Helfer Google. Genauso zeigen Studien auch, dass die komplexen motorischen und intellektuellen Herausforderungen einer handschriftlichen Ausarbeitung unser Erinnerungsvermögen und unser Verständnis des Geschriebenen im Vergleich zum Tippen nachweislich steigern.

### #JetztMalEhrlich

Nun, liebe Analogländerin und lieber Analogländer, jetzt schauen wir mal ins Detail. Du brauchst vier Stunden, um die ca. 135 Seiten von "Faust" nach dem Auftauchen von Faust zu durchsuchen, und eine weitere Stunde, um alle Stellen untereinander zu notieren. Das machst du natürlich nur verkürzt und mit Verweisen, denn sonst ist eines deiner 20-seitigen Hefte schon wieder voll. Ich brauche fünf Minuten, um mir das gesamte Buch "Faust" auf mein Tablet zu laden, mittels Suche alle Stellen zu finden, in denen Faust vorkommt (Spoiler: sehr viele!), und diese untereinander in meine wunderbare Notizen-App zu importieren. In den restlichen 4:55 h kann ich dann eine herrliche vergleichende Charakteranalyse erstellen und so die Entwicklung von Faust nachvollziehen. Konkret heißt das: intellektueller Mehrwert, da die vergleichende Charakteranalyse einen höheren geistigen Output benötigt als das schlichte Vorbereiten von Material.

Nun sagst du: "Stopp!" Denn schließlich wirst auch du die Analyse in 4:55 h schaffen – volle Zustimmung. Aber in der Zeit habe ich nun auch schon Mephisto analysiert. Du sagst, die Leistungsschere geht immer weiter auf? Ich sage: Jeder Mensch hat 24 Stunden Lebenszeit am Tag und mit dieser Zeit kannst du tun und lassen, was du willst.

### #Ressourcenfreiheit

Wir nähern uns nun dem Begriff der Ressourcenfreiheit. Dieser beschreibt prinzipiell, dass ich über die mir gegebenen Ressourcen, z. B. zeitlicher oder kognitiver Natur, frei verfügen kann. Aber die Ressourcenfreiheit hat auch Gegenspieler und das sind die Zeiterfordernisse, die bestimmte Handlungsentscheidungen mit sich bringen. Im obigen Beispiel hat die Entscheidung zur analogen Vorbereitung einer Charakteranalyse gute fünf Stunden gedauert. Die Vorbereitung der digitalen Analyse war hingegen nach fünf Minuten abgeschlossen. Folglich entsteht eine Differenz von 4:55 h, diese bezeichnen wir als Ressourcengewinn. Die gewonnenen 4:55 h kannst du dann wiederum beliebig neu vergeben, z. B. um mit



5

deiner Hausaufgabe früher fertig zu werden und noch ein wenig Netflix zu schauen oder vielleicht einfach weiterzuarbeiten, weil "Faust" ein großartiges Buch ist.

Das Zwischenfazit: Digitale Hilfsmittel führen in vielen Fällen zur Reduktion von Ressourcenkosten, insbesondere im Bereich von vorbereitenden Tätigkeiten. Die Folge daraus sind eine erhöhte Ressourcenfreiheit und damit letztlich mehr Handlungsraum für die eigene Lebenszeit.

### #Digitalland

Also, liebe Freundinnen und Freunde, auf geht es nach Digitalland zu Hans Müller. Hans ist gebürtiger Digitalländer. Morgens wird Hans von Alexa geweckt. Nachdem Hans bereit für den Tag ist, sagt ihm Alexa, dass seine Lieblingsdrohne bald vorbeikommt. Hans schaut daraufhin in den Himmel und sieht viele kleine, niedliche Paketdrohnen und große, stabile Flugtaxis. Eine Drohne fliegt zu Hans und erfreut ihn mit einem Paket.

Nach einem anstrengenden Tag im Homeoffice konnte Hans schon seine Wochenarbeitszeit erreichen. Den Freitag macht er also frei. Diesen Tag möchte Hans nutzen, um an seinem Start-up zu arbeiten. Früher machte Hans das immer mit einem lachenden und einem weinenden Auge, denn es gibt viel Bürokratie. Daher musste Hans immer eine halbe Stunde Flugtaxi zum Amt fliegen und dort eine 100-€-Arbeitsstunde lang warten. Heute geht das aber schneller, denn Hans hat ein Bürgerkonto, mit dem er alles digital und in unter fünf Minuten erledigt hat.

### #Traum

Also liebe JuLis, ich träume von Digitalland. Lasst uns dorthin aufbrechen und mehr Freiheit über unsere Ressourcen gewinnen. Dafür brauchen wir vor allem zukunftsweisende Gesetze und das kann in Analogland lange dauern. Aber mit jeder Stimme können wir einen Schritt weiter gehen. Lasst uns jetzt beginnen.



Martin Stollberg (20) studiert dual Wirtschaftsinformatik bei Bertelsmann. Er ist stellvertretender Vorsitzender für Programmatik der JuLis im Kreisverband Gütersloh und Mitglied im Landesarbeitskreis für digitalen Fortschritt. Seine Lieblingsthemen sind Innovation und Partizipation. martin.stollberg@outlook.com



### Politik ohne Worte











belächelt?





Warum ist Aachen die schönste Stadt in Deutschland?



Was ist das Schlimmste an der GroKo?



Sollte ich kein Politiker werden, werde ich ...



### Pro vs. Kontra: Jobverlust durch Digitalisierung

"Willst du schnell reisen, dann geh allein.

Willst du weit reisen, dann geh gemeinsam." "DIGITALISIERUNG FIRST, BEDENKEN SECOND": Viele Bürgerinnen und Bürger taten sich im vergangenen Jahr schwer damit, dieses Plakat richtig einzuordnen. Als erste Kritik aufkam, ist Christian Lindner schnell zurückgerudert und gestand: "Das Plakat war wohl doch etwas im Überschwang gestaltet." Genau diesen Überschwang und das anschließende Zurückrudern wird nur in Zukunft kaum mehr möglich sein. In Bezug auf die Digitalisierung muss es eben auch, wie es überall der Fall ist, lauten: "Erst denken, dann handeln", sonst besteht die Gefahr, Fehler zu machen, die im Nachhinein nicht mehr zu revidieren sind. Gleichzeitig dürfen Bedenken aber auch nicht zu Stillstand führen, sondern sollten vielmehr mit der Digitalisierung Hand in Hand gehen. Fest steht, die Digitalisierung wird auf alle oder fast alle unsere Lebensbereiche Einfluss nehmen, was in den überwiegenden Fällen auch wichtig und richtig ist. Deswegen kann es gar nicht um ein "Pro oder Kontra" gehen, sondern nur um das "Wie".

### Digitalministerium vs. Heimatministerium

Das öffentliche Bild der Jungen Liberalen ist unter anderem von der Forderung nach einem Digitalministerium geprägt – und das ist auch gut so. Gleichzeitig gibt es auf Bundesebene, in Nordrhein-Westfalen und Bayern ein Ministerium für Heimat – und das ist ebenfalls gut so. Das Gefühl der Orientierungslosigkeit in einer immer digitaleren Welt ist sehr ernst zu nehmen. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich mit der Digitalisierung alleine gelassen und entwickeln eine Art von Protektionismus gegenüber allem, was neu ist. Es gilt, auch diesen Menschen die Angst zu nehmen, denn wenn die Digitalisierung gelingen soll, dann geht das nur mit dem Versprechen, alle mitzunehmen.

### "Arbeitnehmer 4.0"

Die Industrie 4.0 wird den deutschen Arbeitsmarkt stärker verändern, als das alle anderen Industrialisierungen zuvor getan haben. Auf diese Marktumwälzung gilt es entsprechend zu reagieren. Die Jungen Liberalen und die Freien Demokraten können in dieser Frage Vorreiter werden, wenn sie von den politischen Sonntagsreden hin zu einer ideologiefreien Betrachtung der Tatsachen finden. Tatsache ist, dass zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht absehbar ist, wie viele Arbeitsplätze verloren gehen und wie viele neu entstehen werden. Sicher ist, dass viele Berufe, die Hilfstätigkeiten aufgreifen, schnell

wegfallen werden, genauso wie viele praktische Tätigkeiten. Aber auch längerfristig betrachtet solche, die ein hohes Maß an Qualifizierung benötigen. Es wird in Zukunft also nicht mehr ausreichen, Weiterbildung, Fortbildungen oder Umschulungen zu fordern. Aus einem gering qualifizierten Arbeitnehmer werden auch die allerbesten Weiterbildungen nicht den "Arbeitnehmer 4.0" machen. Wenn Digitalisierung erfolgreich gestaltet werden soll, muss Politik aufhören, in Legislaturperioden zu denken, denn den "Arbeitnehmer 4.0" gibt es nur über Generationen hinweg.

Lukas Schmitz-Peiffer ist 17
Jahre alt, Schüler der Freien
Waldorfschule Essen,
Mitglied im Kreisvorstand
der JuLis und Mitglied im
Vorstand der Liberalen
Schüler NRW. Ihr
erreicht ihn unter:
schmitz-peiffer@julisessen.de

### Digitalisierung ist mehr als eine Technologiefrage

Im Zuge der 4.0-Aufbruchsstimmung kommt es immer wieder dazu, dass im technischen Fortschritt alleine die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme gesehen wird. Wenn in Zukunft Produktivitäts- und Effizienzsteigerung in Hinblick auf Arbeitnehmer-Performances die einzigen Kennzahlen bleiben, wird die Digitalisierung nicht gelingen. Es gilt, das zu fördern, was Menschen besitzen, Maschinen aber nicht. Dafür bedarf es nicht nur einer Revolution im Bildungssektor, sondern ein gesamtgesellschaftliches Umdenken. Junge Liberale und Freie Demokraten können auch hier Pioniere sein, dafür bedarf es allerdings einer gewissen Offenheit in Hinblick auf neue Sozialversicherungssysteme und Gesellschaftsstrukturen. In diesem Zusammenhang ist das "bedingungslose Grundeinkommen" sicherlich nicht die Lösung, das "liberale Bürgergeld" ist es aber eben auch nicht.

### Lasst den Zukunftspessimismus mal lieber den Ewiggestrigen von links und rechts!

"Die Digitalisierung wird alle Jobs vernichten!"; "Ich werde durch einen Roboter ersetzt!"; "Brauchen wir den Menschen überhaupt noch?" Aussagen und Fragen, die immer wieder aufkommen, wenn die Themen Digitalisierung und digitaler Arbeitswandel auf den Tisch kommen. Doch ist da auch was dran? Ich finde, diese Ängste sind ein wichtiger Grund, sich bei den JuLis zu engagieren!

Denn all diese Panikmache vor der unberechenbaren Gefahr der Digitalisierung ist eigentlich nur Ausdruck des Nichtverstehens. Der Kenner hat bereits unter den ersten drei Aussagen weiter oben einen entscheidenden Fehler gefunden: Die Digitalisierung hat nichts mit der (ihr vorhergehenden) Automatisierung zu tun. Automatisierung und Robotik gibt es seit Jahrzehnten und funktionieren einwandfrei. Mühselige, belastende oder stupide Arbeiten werden an Maschinen abgegeben, um einerseits Produktivität zu steigern und andererseits Menschen zu entlasten. Haben wir daher eine Massenarbeitslosigkeit? Eher im Gegenteil.

Allein der Begriff "Industrie 4.0" sollte doch Hinweis genug sein, dass die Digitalisierung als Chance zu begreifen ist. Offensichtlich ist dies nicht der erste einschneidende Wandel in der Industrie, sondern der vierte. Nach Mechanisierung, Elektrifizierung und Automatisierung kommt nun also die Digitalisierung. Aber schauen wir uns doch mal an, was genau passieren wird.

### Flexibel sollte nicht nur der Hosenbund sein.

Sind bei den vorherigen industriellen Revolutionen zumeist simple Tätigkeiten weggefallen, so werden wir nun etwas anderes erleben. Durch künstliche Intelligenz, immer schnellere und effizientere Algorithmen sowie leistungsstärkere Rechner werden auch hoch qualifizierte Jobs bald durch Computer ersetzbar sein, als Beispiel sei hier der Steuerberater genannt. Bevor nun der geneigte Pessimist schreiend im Kreis rennt und sein letztes Geld für den Verein "Brot für die Steuerberater" zusammenkratzt, sollten wir einen Moment innehalten.

Fallen Jobs für gut bzw. hochgebildete Menschen weg, so ist es für diese durch ihren hohen Bildungsgrad viel einfacher, sich neuen Herausforderungen zu stellen. So kann ein Steuerberater schneller zum Finanzberater umschulen als ein Fabrikarbeiter zum Programmierer. Insofern bietet die neue Revolution bereits dadurch Vorteile gegenüber den vorherigen, dass die "ersetzten Arbeitskräfte" schneller neue Aufgaben finden werden. Eine große Arbeitslosigkeit ist damit einfacher auszuschließen.

Außerdem: Wird in Zukunft der Steuerberater nicht eher in der Entwicklung eines effizienten Steuerrechners gebraucht und insbesondere im Qualitätsmanagement? Warum sollte man das Know-how der Menschen nicht nutzen und sie direkt in ihrem angestammten Arbeitsfeld beim Wandel helfen lassen? Ich glaube, in wenigen Jahrzehnten werden sich die Menschen fragen, wie man überhaupt mal solche Arbeit von Menschen hat machen lassen, so wie wir uns heute fragen, wie man ernsthaft ein Feld noch mit Sense und Eselpflug bestellen würde.

### Bei dem Wort "Zukunft" nicht sofort in Embryonalstellung verfallen!

Geschürt werden die Ängste vor der Digitalisierung meist von Linken und Rechten. Beide Seiten versuchen damit für ihre gestrigen Ideologien neue Anhänger zu finden. Was sie damit eigentlich versuchen, ist, die Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen, sodass diese sich nur noch auf einen starken Staat verlassen können, da die böse Digitalisierung von "denen da oben" ihnen ja die Jobs wegnimmt. Wir sollten jedoch den Menschen Möglichkeiten schaffen, sich selbst zu befähigen und neu zu denken. Bildung ist hier der Schlüssel! Ein wichtiger Schritt, auch um bereits das Verständnis für die neue Welt zu schaffen, ist für mich ebenfalls die Implementation eines verpflichtenden Informatikunterrichts in den Schulen. Denn nur wer die digitale Welt versteht, kann sie auch mitgestalten.

Pessimismus steht uns nicht gut zu Gesicht, aber diese Haltung müssen wir JuLis auch dringend nach außen tragen. Wir müssen uns einsetzen für die Zukunft und den digitalen Arbeitswandel begrüßen. Stillstand ist Rückschritt und auf dem Weg in eine bessere, angenehmere Arbeitswelt ist die Digitalisierung einer der zentralen Schritte!

Fabian Schefczik (24)
promoviert in Physik an
der Ruhr-Universität
Bochum und ist
Pressesprecher der
JuLis Bochum. Er
engagiert sich
bei den JuLis, da
diese die einzige
progressive,
zukunftsbejahende
Kraft in Deutschland
sind. Ihr erreicht ihn
unter:
fabian.schefczik@julis.de

### Von Liechtenstein und Byzanz – der deutsche Umgang mit Blockchain und Co.



Blockchain und oft stellvertretend Bitcoin sind vieles. Hype, "die" Zukunft von Finanzen und Elon Musks Waifu. Einiges davon mag sich als richtig herausstellen, vieles wohl auch nicht. Aber vor allem ist Bitcoin rechtlich gesehen in Deutschland und Europa vieles nicht.

Grundsätzlich ist die Blockchain-Technologie erst mal ziemlich unspektakulär. Mal abgesehen davon, dass sie letztlich nur die bisher populärste Umsetzung der Distributed-Ledger-Technologie ist, stellt sie nichts weiter als ein Register für Transaktionen aller Art agierend als eine dezentral verteilte Datenbank dar. Vereinfacht gesagt, ist sie also eine dezentrale Transaktionsdatenbank, die ähnlich wie ein Buchungsjournal funktioniert, in der jede neue Transaktion auf den alten Transaktionen aufbaut und so die Richtigkeit dieser bestätigt und eine nachträgliche Veränderung oder byzantinische Übertragungsfehler der alten Transaktionen verhindert.

Interessant wird es aber, wenn man bedenkt, was das in unserer digitalisierten Welt bedeuten kann. Denn für die Blockchain-Technologie an sich ist erst mal völlig uninteressant, was darin dokumentiert wird. Es ebnet also den Weg für einen Markt voller digitaler Wertgegenstände, die kopiergeschützt und manipulationssicher sind und ohne einen zentralen Regulator auskommen, sondern vielmehr ihre Vertrauenswürdigkeit auf dem technologischen Aufbau, dem kryptografischen Verfahren und den definierten Regeln der jeweiligen Blockchain fußen lassen. Klingt ja so weit alles ganz nett, zeigt aber auch, dass es einen recht starken Kontrast zu unseren bisherigen Systemen darstellt, und das beinhaltet leider auch unser Rechtssystem. Denn man hört in Deutschland überraschend wenig von Blockchain, wenn man bedenkt, dass die aktuell wohl wichtigste Blockchain-Plattform "Ethereum" hier ihr erstes Büro eröffnete und Schlüsseltechnologien wie die Programmiersprache "Solidity" hier entwickelt wurden.

### Deutschland mit Vorsprung – aber ohne Lauf kein Ziel

Durch das politische Klima der Vereinigten Staaten und den extremen Fachkräftemangel in der Branche hat sich Berlin durch das Engagement vieler Einzelpersonen zum europäischen Zentrum der Blockchain-Entwicklung vorgekämpft, während sich die USA diesbezüglich in den Fuß schießen. Doch all dieser Vorsprung hilft uns nicht ins Ziel, wenn unsere Politik nicht bald anfängt zu laufen, indem passende Maßnahmen ergriffen werden. Denn all die Start-ups, die gerade auf der Suche nach Blockchain-Entwicklern und Ingenieuren aus dem Silicon Valley flüchten, werden wieder ihre Sachen packen und gehen, wenn sie in Deutschland und Europa nicht bald Rechtssicherheit finden können. Zwar stand das Wort Blockchain satte sieben Mal im Koalitionsvertrag, aber passiert ist seitdem wenig, was auch eine Anfrage der FDP-Fraktion offengelegt hat. Denn dass Facebook und Netflix nicht aus Deutschland kommen, liegt auch stets daran, dass jedes ambitionierte Start-up Finanzierung benötigt. Aber wer investiert schon in ein Start-up in einem Land wie Deutschland, wo es keine gesetzlichen Regelungen zum Handel mit Kryptowährungen, stellvertretend für generelle Transaktionen auf einer Blockchain, gibt? Und so ist man wieder bei der Huhn-und-Ei-Frage, wozu man Regulierung braucht, wenn keine Investition stattfindet, aber auch keine Investition stattfindet, solang keine Regulierung vorliegt. Der Vorschlag der Bundesregierung, das Thema europäisch zu regeln, ist zwar grundsätzlich richtig, da innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums auch die gleichen Finanzmarktregulierungen gelten müssen, dennoch ist der vorgeschlagene Zeitraum der Europäischen Kommission bis 2022 aber so weit gefasst, dass bis dahin jeder Vorsprung, den sich ausgerechnet Berlin erarbeitet hat, verpufft sein wird. Wenn man bis dahin mehr Anwälte als Entwickler beschäftigt, geht jeglicher Standortvorteil Berlins und Deutschlands verloren.

### Die Welt steht nicht still – auch wenn sie sich nicht immer vorwärtsdreht

Fairerweise muss man dazusagen, dass man bereits in der Vergangenheit versucht hat, für solche technologischen Entwicklungen vorbereitet zu sein. Hier wurde jedoch entweder spezifisch die Blockchain-Technologie unterschätzt oder ignoriert. So



sehen die sogenannten E-Geld-Gesetze in KWG und ZAG zwar Zahlungsmittel vor, die nur elektronisch vorliegen, aber auch hier nur in zentralen Systemen, sodass jeglicher regulatorischer Ansatz basierend darauf völlig verfehlt wirkt, da die Blockchain-Technologie ja grundsätzlich dezentral ist, also nicht eine definierte Instanz vorliegt, die die Transaktion kontrolliert.

Parallel zur fehlenden oder fehlgeleiteten finanzpolitischen Entwicklung in Deutschland respektive den Vereinigten Staaten gibt es aber auch in anderen Ländern ein sehr großes Interesse an Blockchains und aktuell insbesondere Kryptowährungen. An vorderster Front dabei sind aufgrund der technologischen Entwicklung Japan und Südkorea, die den Fokus allerdings primär darauf legen, die Auswirkungen auf den Finanzmarkt zu begrenzen, und bisher eher wenig Interesse zeigen, aktiv politisch in die Weiterentwicklung der Blockchain-Technologie einzugreifen. Anders sieht es da bei China aus, die mit etlichen Rechnerfarmen nicht nur den Kern des kryptografischen Transaktionsgeschäfts abbilden, sondern auch einen dominierenden Anteil der finanziellen Transaktionen darstellen. Bisher scheint es aus Peking aber als wenig förderlich wahrgenommen zu werden, weshalb es auch schon mehrere aktiv gegen Rechnerfarmen und größere Kryptowährungshändler gerichtete Aktionen gab. Das sollte bei allem Optimismus bedacht und beachtet werden.

Positiver sieht es allerdings in einigen anderen europäischen Ländern aus. So hat sich die maltesische Regierung beispielsweise zum Ziel gesetzt, in Zukunft das europäische Singapur zu werden, und hat bereits verschiedene Initiativen zur Förderung von Blockchain-Entwicklung in den ansässigen Banken gestartet, wenn auch auf die Initiative ebenjener Banken hin. Liechtenstein hingegen hat ein konkretes Gesetz zu sogenannten vertrauenswürdigen Technologien als generellen Ansatz für Distributed-Ledger- und ähnliche Technologien, um sowohl der jetzigen Situation als auch der zukünftigen Entwicklung gewachsen zu sein. Ein entscheidendes Merkmal dabei ist der Fokus auf die Token-Economy, also auf alle Arten von Wertgegenständen und Smart Contracts auf einer oder mehrerer Blockchains, was eine

sehr diverse Bandbreite an wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Da sich beide im europäischen Wirtschaftsraum befinden, sollten beide Ansätze in Hinsicht auf eine deutsche und eine mögliche europäische Regulierung einbezogen werden.

### Jeder Lauf beginnt mit dem ersten Schritt

Eigentlich bringt Deutschland also alles mit, um als Block-chain-Pionierland nicht nur die Wirtschaft langfristig mit Start-ups und innovativen Lösungen für bereits bestehende Industrien zu stärken, sondern durch gezielte regulatorische Zielsetzungen auch die zukünftige Entwicklung der Blockchain-Technologie, insbesondere hinsichtlich des Datenschutzes, zu prägen – sofern man denn den politischen Willen besitzt, diesbezüglich auch zu handeln und zumindest die Position der Regierung darzustellen, um den regulatorischen Prozess legislativ zu stützen und Unternehmen und BaFin nicht weiter im Dunkeln zu lassen.

Dazu gehört die Anerkennung von Kryptowährungen sowie die Ermöglichung des gewerblichen Handels mit diesen, die Ermöglichung von Tokenisierung von Wertgegenständen und Unternehmen, um auch ICOs zur Finanzierung von Unternehmen und Projekten zu ermöglichen, sowie zumindest grobe rechtliche Rahmenbedingungen für den Betrieb eines dezentralen Systems mit personenbezogenen Daten, die pseudonymisiert genutzt werden können, um auch der DSGVO entsprechen zu können. Zudem sollte überlegt werden, inwiefern mit ähnlichen Projekten wie der Initiative Sovrin die Verwaltung in Deutschland sicher digitalisiert werden kann und zudem ein Service- und Bürgerrechtsplus für alle bringt.

Denn Blockchain bietet zu viele Möglichkeiten für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, um weiter als Abfallprodukt eines E-Geld-Gesetzes oder Grauzone der Regulierung der BaFin angesehen zu werden, geschweige es kontrollorientierten Regierungen wie China zu überlassen.



Dass Digitalisierung wichtig ist, haben mittlerweile alle verstanden. Jeder möchte schnelles Internet. Doch wie gehen wir die großen Probleme von morgen an? Was können wir gegen Cyberkriminalität tun? Wie halten wir Meinungsfreiheit hoch in Zeiten der Uploadfilter? Marcel Hafke, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und Sprecher für Digitalisierung, weiß Antworten darauf.

### Isabel: Wie kamen Sie zur Politik und warum die FDP?

Marcel: Ich war 18, in dem Alter macht man ja in der Regel einen Führerschein, und wenn man dann das erste Mal sein Auto volltanken möchte, merkt man erst, wie teuer das ist. Nun hatte Joschka Fischer zu der Zeit angekündigt, die Spritpreise auf fünf Mark anzuheben, und das hat mich dann doch umgetrieben. So begann ich politisch aktiv zu werden. Ich hatte mir daher einige Jugendorganisationen angeschaut, die Jusos, die Junge Union und die Jungen Liberalen. Bei den JuLis waren mir die Menschen auf Anhieb am sympathischsten und die Haltungen, die ich dann bei meinem ersten JuLi-Treffen in Wuppertal mitbekommen habe, haben mir ebenfalls gut gefallen, also trat ich ein.

Isabel: Sie waren ja damals viel bei den JuLis aktiv, waren sogar zeitweise Landesvorsitzender der JuLis hier in NRW. Was aus Ihrer Zeit bei den JuLis vermissen Sie denn am meisten?

Marcel: Ein großer Vorteil der JuLis sind die leidenschaftlichen Diskussionen, die oft etwas abgekapselt von der Realität sind, was sehr schön ist. Dadurch ist der Fokus sehr stark auf den Themen selbst. Bei der FDP muss man leider etwas pragmatischer an Themen herangehen und sehen, wie die Mehrheitsverhältnisse sind und wie man die Wählergruppen mitnimmt. Die JuLis sind da freier. Abgesehen davon war es bei den JuLis natürlich super, tolle Partys zu haben, nette Leute kennenzulernen und einfach eine schöne Zeit zu verbringen, und diesen Spaßfaktor, den vermisse ich manchmal etwas in der FDP.

Isabel: Sie sind Sprecher für Digitalisierung der FDP-Fraktion hier im Landtag. Wo besteht Ihrer Meinung nach in NRW denn die größte Baustelle in diesem Bereich?

Marcel: Da gibt es momentan ganz viele Probleme. Generell ist NRW noch nicht so digital, wie wir es gerne hätten, insbesondere im Hinblick auf die digitale Infrastruktur und den Glasfaserausbau an Schulen und in Gewerbegebieten. Wenn man digitale Bildung sowie das Unternehmertum fördern will, muss man diese Bereiche schnell mit Glasfaser versorgen.

Die Klassenzimmer sind noch nicht auf dem Stand der Dinge und auch viele Lehrer sind noch nicht dementsprechend geschult, dass sie die Schüler bei diesen Themen optimal einbinden können. Isabel: Ein großes Problem, gerade bei der Ausstattung, ist aber doch oft das fehlende Geld. Wie stellen Sie sich in diesem Bereich die Finanzierung vor?

**Marcel:** Dafür ist eigentlich genug Geld da. Die Schulen sind ja in kommunaler Trägerschaft, dort müssen die entsprechenden Gelder aber auch abgerufen werden.

Nun glaube ich, dass in den nächsten zwei Jahren die Schulen flächendeckend an schnelles Internet angeschlossen werden, aber bei der Ausstattung lassen sich die Verantwortlichen meist Zeit, da dort oft eine andere Prioritätenlage herrscht. Da muss man dann klarmachen, dass die Digitalisierung eines der wichtigsten Themen unserer Zeit ist und man dort unbedingt investieren muss.

Isabel: Beim Thema der Digitalisierung scheiden sich die Geister: Die einen sehen den Fortschritt, stehen dem digitalen Wandel optimistisch gegenüber, den anderen macht der digitale Wandel auch Sorgen. Da stößt man dann auf Ängste besonders bei Themen der Künstlichen Intelligenz oder bei autonomen Systemen, sei es beim Autofahren oder bei Waffen. Wie sehen Sie das, überwiegen die Vorteile oder die Nachteile? Sind die Ängste begründet?

Marcel: Jede Technologie, die erfunden wird, kann sowohl positiv als auch negativ genutzt werden. Um die Menschen mitzunehmen, muss es daher eine Digitalisierung geben, die mit den Menschen vollzogen wird und bei der sie auch erkennen, dass sie einen Mehrwert davon haben. Beispielsweise müssen Menschen davon überzeugt werden, dass autonomes Fahren etwas Spannendes ist und im Endeffekt dadurch weniger Unfälle und weniger Verkehrstote entstehen. Das geht nur, wenn das für die Bürger auch tatsächlich erlebbar ist, die Autos auf den Straßen unterwegs sind und wenn von den Bürgern selbst getestet und erlebt werden kann, dass auto-nom fahrende Autos sicherer sind als mit einem Menschen hinterm Steuer. Bei Waffensystemen wiederum plädiere ich stark dafür, dass die künstliche Intelligenz nicht eingesetzt werden darf, sondern man ein internationales Abkommen schließt, sodass diese ebenso wie chemische oder biologische Waffen nicht eingesetzt werden dürfen. Davon sind wir leider sehr weit entfernt, da einige Länder, wie beispielsweise die USA, künstliche Intelligenz bereits in Form von unbemannten Drohnen in Kriegsgebieten einsetzen. Dennoch sollte Europa dort auf ein internationales Abkommen hinwirken.

Isabel: Wie sehen Sie denn die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt im Niedriglohnsektor? Glauben Sie, es wird zu einer Art moderner Weberaufstände kommen?

Marcel: Wenn nichts getan wird, dann wird das so passieren, ja. Allerdings hat jede technische Errungenschaft in den letzten Jahrzehnten eher zu mehr Arbeit geführt als zu weniger. Daher geht man auch momentan davon aus, dass die Arbeitsplätze, die durch die Digitalisierung ersetzt werden, durch andere kompensiert werden. Es werden aber nicht nur im Niedriglohnsek-

tor Arbeitsplätze wegfallen, sondern auch bei hoch qualifizierten Arbeitskräften. Zum Beispiel bei der Wirtschaftsprüfung, ein Job, den die künstliche Intelligenz schon jetzt übernehmen kann. Generell gilt: Bei allem, was man digitalisieren kann, wird es auch eine Digitalisierung geben. Es ist also ein Thema für die gesamte Gesellschaft. Deswegen ist es auch so entscheidend, die Leute mitzunehmen und für Weiterbildung zu sorgen. Gleichermaßen muss über neue Verteilungschancen geredet werden, denn wenn weniger Arbeit da ist, wir aber den gesellschaftlichen Wohlstand beibehalten wollen, wird man auch über andere Vermögensverteilungen diskutieren müssen. Stichwort Grundeinkommen. Davon würde dann sowohl der künstlerische als auch der musische Bereich sowie der Bereich der Bildung profitieren.

Isabel: Eines der Ziele der FDP-Fraktion hier im Landtag ist, in NRW flächendeckend Gigabitnetze auszubauen. Wie sieht nach einem Jahr Regierungsbeteiligung der Zwischenstand dazu aus?

Marcel: Es wird leider schon noch mindestens zwei bis drei Jahre dauern, bis es flächendeckend so weit ist. Dies ist aber keine Frage des Geldes, das wird nämlich vom Land ausreichend zur Verfügung gestellt. Das Problem ist, dass sich jetzt die Kommunen auf den Weg machen müssen und wir schlichtweg Baggerfahrer und Bauarbeiter brauchen, um die Kabel zu verlegen. Dafür müssen auch die Rahmenbedingungen neu geregelt werden. In anderen Ländern werden die Glasfaserkabel oberirdisch verlegt, aber bei uns muss das noch alles eineinhalb Meter in den Boden gelegt werden, wie bei Kupferkabeln. Dies wurde damals zum Blitzschutz so festgelegt. Allerdings hat dieser für Glasfaserkabel keine Relevanz, da es zu keinen Störungen kommen würde, wenn ein Blitz einschlüge, da dort innerhalb der Kabel ja Lichtgeschwindigkeit herrscht.

Isabel: Heute vor einer Woche waren die Mid-Term-Wahlen in den USA. Im Vorfeld gab Twitter bekannt, dass zehntausend Accounts gelöscht wurden, die sich als Fake-Accounts herausgestellt haben und von denen Falschnachrichten zulasten der Demokraten gepostet wurden. Und auch bei den US-Wahlen vor zwei Jahren wurden massenhaft Falschinformationen durch sogenannte Bot-Armeen verbreitet. Was kann man diesem immer größer werdenden Problem der Cyberkriminalität gerade in Bezug auf Wahlmanipulation entgegensetzen?

Marcel: Zunächst einmal finde ich es richtig, dass bei Fake-Accounts selektiert und entsprechend gesperrt wird. Aber man müsste vielleicht eine Art Klarprofil verpflichtend machen, sodass jeder dort nur mit einem Account unterwegs sein darf, wenn auch tatsächlich seine reale Person dahintersteht. Das gäbe auch die Möglichkeit, Hass-Profile einzudämmen und Fake-Profile sowie Cyberkriminalität zu bekämpfen. In der realen Welt erkennt man schließlich auch die Menschen und deren Aussagen beziehungsweise erkennt diese durch Bilder und Namen. Aber generell ist Cyberkriminalität ein sehr vielschichtiges Thema, dort wird es nicht einfach sein, die Bürger vor allem zu schüt-

zen. Daher ist es wichtig, dass jeder selbst aufpasst, wie auch im wirklichen Leben. Was wir als Liberale im Bereich der inneren Sicherheit überlegen müssen, ist, eine Gesichtserkennungssoftware einzusetzen, wie es schon andere Länder machen, beispielsweise China oder England. Dadurch kann dann rausgefiltert werden, wenn kriminelle Personen unterwegs sind, was sie vorhaben, und man kann teilweise sogar schon erahnen, in welchen Stadtteilen etwas passieren wird. Da müssen wir als FDP diskutieren, ob und wie weit wir das zulassen wollen. Beispielsweise in einer anonymisierten Weise, um herauszufiltern, wo gefährliche Person sind, die gesucht werden oder eventuell einen Anschlag begangen haben, ohne dass wir zu sehr in die Privatsphäre der Menschen eingreifen.

Isabel: Die EU schlug vor Kurzem eine Digitalsteuer für Unternehmen vor, die im digitalen Bereich große Umsätze in der EU haben, aber legale Steuerschlupflöcher genutzt haben, um Abgaben an die Staaten zu vermeiden. Frankreich hat sich dafür ausgesprochen, Deutschlands Finanzminister Olaf Scholz hält bisher dagegen. Wie stehen Sie dazu?

**Marcel:** Der erste logische Schritt hier wäre, die europäische Steuergesetzgebung so auszurichten, dass diese keine Steuerschlupflöcher mehr zulässt.

Isabel: Aber da werden ja Länder wie Irland oder die Schweiz, die gerade aus ihrem Status als Steuerparadiese große wirtschaftliche Gewinne ziehen, nicht mitmachen wollen.

Marcel: Dennoch müssen wir als Deutschland überlegen, ob wir die eigenen Steuergesetze nicht so weit anpassen, dass Unternehmen mit Sitz im Ausland trotzdem in Deutschland anders besteuert werden, wenn Sie hier tätig sind und Gewinne machen. Bevor wir aber eine neue Steuer erfinden, die hinterher nicht mehr abgewickelt werden kann und deutschen oder europäischen Unternehmen im Wettbewerb schadet, sollten wir unser Steuerrecht vielleicht überprüfen und schauen, ob es noch auf dem aktuellen Stand ist. Wir brauchen also keine neuen Steuern, sondern eher klare Regeln für alle: vom kleinen Handwerksbetrieb bis zum internationalen Großkonzern.

Isabel: Um den im September im EU-Parlament beschlossenen Gesetzesentwurf der Urheberrechtsreform, genauer gesagt Paragraf 13 des neuen Urheberrechts, der sich auf die Uploadfilter bezieht, kehrt auch zwei Monate nach dem Votum noch keine Ruhe ein: Vor wenigen Tagen hat beispielsweise YouTube-Chefin Susan Wojcicki die geplante Reform stark kritisiert und über mögliche Konsequenzen für ihr Netzwerk gesprochen, was zu einem Aufschrei innerhalb der Internet-community geführt hat. Was halten Sie von dem Konzept der Uploadfilter? Glauben Sie, dass diese sinnvoll zum Schutz der Urheberrechte sind oder eher zu Zensur führen könnten?

**Marcel:** Es ist tatsächlich schwierig, wenn man sich vorstellt, dass hinterher Algorithmen bestimmen, was hochgeladen wer-

den darf und was nicht. Wenn Urheberrechte verletzt werden, muss derjenige, der diese Verletzung begangen hat, natürlich auch dafür aufkommen. Aber es kann nicht sein, dass hinterher das gesamte Internet mit Programmen danach durchforstet wird, was urheberrechtlich geschützt ist und was nicht. Diese Systeme sind sehr anfällig, sodass dadurch auch oft zu Unrecht Accounts und Posts gesperrt oder gelöscht werden. Daher glaube ich, dass dies nicht der richtige Weg ist, der dort beschritten wird. Und ich hoffe auch, dass wir es schaffen, in der Gesellschaft eine andere Diskussion darüber zu erreichen, und nicht erst das Internet so weit beschneiden und zensieren lassen, dass es hinterher nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Isabel: Zu guter Letzt wieder eine etwas persönlichere Frage: Auf welchen Ihrer digitalen Helfer könnten Sie am schlechtesten verzichten?

Marcel: Definitiv das iPhone. Es ist schon der wichtigste für mich. Ob Kommunikation, Navigation oder diverse Informationen, die man sich darüber holen kann. Es ist alles mit dabei, und somit ist es schon ein sehr praktischer Helfer im Alltag. Wobei man den Staubsauger natürlich auch nicht außer Acht lassen kann. Aber mein Smartphone benutze ich einfach am meisten.



Isabel Kraemer (18) ist Medizinstudentin und Kreisvorsitzende der JuLis Warendorf. Im Julimagazin ist sie Ressortleiterin für Interviews. Ihr erreicht Sie unter: kraemer@julis.de

## Über den Tellerrand hinweg politische Jugend und Digitalisierung

"Die Digitalisierung wird nicht nur als Herausforderung angesehen, sondern in erster Linie als Chance verstanden."



Alexander Steffen (25), ist Student aus dem Bezirk Düsseldorf und ist stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik. Ihr erreicht ihn unter: alexander.steffen@julis-nrw.de Die Digitalisierung verändert nicht nur unsere Gesellschaft, sondern revolutioniert auch unsere Wirtschaft. Bis 2021 soll im deutschen Onlinehandel das Volumen auf über 80 Milliarden Euro ansteigen. In der vernetzten Industrie kommunizieren Maschinen und Produkte untereinander und optimieren so die Produktion. Der digitale Wandel ist nicht zu leugnen und schreitet immer weiter voran. Als Junge Liberale blicken wir von Natur aus optimistisch in die Zukunft und so sehen wir im digitalen Wandel in erster Linie Potenzial für mehr Freiheit, Wohlstand und eine bessere Welt. Alleine das Internet bietet schließlich heute schon die Möglichkeit, weltweit Menschen über Grenzen hinweg zu verbinden, oder den Zugriff auf die größte Wissensdatenbank aller Zeiten.

Auch aus diesem Grund haben wir uns ein Ziel gesetzt: Wir wollen, dass Deutschland bei der Digitalisierung nicht weiter hinterherhinkt, sondern eine Vorreiterrolle einnimmt. Und so gibt es eigentlich keinen Landes- oder Bundeskongress, in dem wir nicht mindestens einmal über neue Chancen der Digitalisierung diskutieren, oder keine längeren Reden von FDP-Politikern, in denen nicht die Bedeutung des digitalen Wandels erörtert wird. Neben weltbester Bildung ist die Digitalisierung unser Schwerpunkt- und Zukunftsthema Nummer 1.

Aber im politischen Wettbewerb sind wir bekanntermaßen nicht alleine. Und deswegen lohnt sich ein Blick auf die Ideen, Positionen und Einstellungen der anderen Jugendorganisationen zum digitalen Wandel. Beim Blick auf den "Koalitionspartner" in NRW, die Junge Union, fallen viele Überschneidungen auf. Obwohl die JU das Thema in der Vergangenheit nicht in den Vordergrund gestellt hat, konzentriert sich ihr Blick auf den digitalen Wandel besonders auf die deutsche Wirtschaft. Als Bedingung für Wohlstand wird eine zukunftsfähige Industrie vorausgesetzt und deswegen bessere politische Rahmenbedingungen für die Industrie 4.0 gefordert. Die Digitalisierung wird nicht nur als Herausforderung gesehen, sondern in erster Linie als Chance verstanden. Und auch bei der Frage nach dem Ausbau der digitalen Infrastruktur teilen wir einen gemeinsamen Vorschlag: den Verkauf der Telekom-Aktien im Bundesbesitz und die Investition des Erlöses in den Glasfaserausbau. Unterschiede werden eher in Fragen der Inneren Sicherheit deutlich. Insgesamt bekennt sich die JU zwar zum Datenschutz und kritisiert auch den Uploadfilter, bei der Vorratsdatenspeicherung unterstützt man dann aber eher den Kurs der Mutterpartei. Die Programmatik passt aber gut zur NRW-Koalition. Liberale Kräfte treiben den wirtschaftlichen Fortschritt voran, was

von konservativer Seite unterstützt wird, während wir nur aufpassen müssen, dass Sicherheitsfantasien und ein starker Staat nicht ausarten. Die Notwendigkeit haben wir bei der bisherigen Beratung des neuen Polizeigesetzes erlebt.

Viel spannender ist deswegen der Blick auf die Grüne Jugend. Dort hat man sich beim Bundeskongress im April 2018 zuletzt intensiv mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt beschäftigt. Auch hier werden Chancen und Risiken gesehen, die allerdings deutlich anders hergeleitet werden. Positiv wird gesehen, dass Digitalisierung zu "einem entspannteren Arbeiten und mehr Freizeit" führen kann. Als Gefahr wird dagegen das kapitalistische System betrachtet, welches durch Prozessoptimierung und Rationalisierung den Druck auf die Digitalisierung immer weiter erhöht. Dadurch sei eine "moderne Digitalisierung" entstanden, die die neue Komfortzone in der Arbeitswelt bekämpfen würde. Deswegen hat die Grüne Jugend als Reaktion auf die Digitalisierung einige arbeitsmarktpolitische Ideen parat: 15 Euro Mindestlohn, "für alle Arbeitnehmer\*innen die 28-Stunden-Woche als neue Vollzeit", eine strikte Arbeitszeitgrenze von 8 bis 20 Uhr oder eine Lohnobergrenze. Nirgendwo ist die Beschlusslage der Grünen Jugend zum Thema Digitalisierung so detailliert wie bei den arbeitsmarktpolitischen Fragen. Die Positionierung zur digitalen Infrastruktur ist als Gegenbeispiel sehr eindimensional. Man ist für die Glasfasertechnologie und einen massiven Netzausbau. Wie dieser erreicht werden soll, wird allerdings nicht verraten. Jedoch sind bei der Grünen Jugend auch Überschneidungen mit Positionen der Jungen Liberalen zu finden - nämlich ein klares Bekenntnis zu freiem Internet und Bürgerrechten. Man wehrt sich gegen eine schrittweise Aushöhlung des Gebotes der Netzneutralität, kämpft gegen die Nutzung von IT-Sicherheitslücken durch Geheimdienste und spricht sich gegen die Vorratsdatenspeicherung aus. Dennoch dürfen die Gemeinsamkeiten in diesen Fragen nicht davon ablenken, dass die Grüne Jugend mit ihrer feindlichen Haltung gegenüber unserem kapitalistischen System und der Idee von marktwirtschaftlichen Prozessen sich von Jungen Liberalen maximal unterscheidet und die vorgegaukelte gesellschaftliche Progressivität sich in der Regel auch nur auf gesellschaftliche Teilgruppen beschränkt. Ansonsten steht die Grüne Jugend in erster Linie für Verbote und moralische Überlegenheit ein. Ein Einsatz für Bürgerrechte und die Selbstbestimmung über eigene Daten findet sich auch bei den Jungen Sozialisten, der Jugendorganisation der SPD, wieder. Doch auch hier wird Digitalisierung insbesondere für die Wirtschafts- und Arbeitswelt als ernsthafte Bedrohung angesehen, weshalb der "digitale Kapitalismus unter den Primat demokratischer Politik zu stellen" sei. Detaillierte Positionen der JuSos wird man bei einer Recherche aber wenig finden. Das verwundert, zumal in einem Papier nach der letzten Bundestagswahl die Digitalisierung als das "zentrale Gestaltungsfeld einer in die Zukunft gerichteten Politik" angesehen wird. Die JuSos NRW schaffen es sogar, einen Begriff wie Glasfaser nicht einmal in einem einzigen Beschluss zu erwähnen.

Ein Blick auf die anderen größten Jugendorganisationen zeigt deswegen deutlich, dass niemand anders eine so positive und ausgereifte Beschlusslage im Bereich der Digitalisierung hat wie wir. Wir haben schon vor vielen Jahren begonnen, die Chancen, die Digitalisierung für die Wirtschaft, Behörden, Arbeit, Bildung und alle anderen gesellschaftlichen und staatlichen Bereiche hat, zu definieren und die politische Realisierung voranzutreiben. Eine Warnung muss uns dagegen der ideologische Ansatz von linken Jugendorganisationen sein. Diejenigen, die Digitalisierung dazu nutzen möchten, einen Neosozialismus



einzuführen, und unserer jungen Generation Digitalisierung als kapitalistisches Horrorprojekt verkaufen wollen, werden wir in Zukunft noch stärker stellen müssen. Wir müssen unserer Generation deutlich machen: Wer in Zukunft in einer digitalen Welt mit bester Infrastruktur, Bildung, modernem Staat, wettbewerbsfähigen Unternehmen und Chancengerechtigkeit aufwachsen möchte, findet seine politische Heimat bei den Jungen Liberalen.

Digitalisierung ist zu einem Thema geworden, um das keine





Partei mehr herumkommt. Auch die GroKo hat sich des Themas halbherzig angenommen. Auffallend ist der oft einseitige Fokus auf den technischen Möglichkeiten (bei den einen vor allem als Chancen, bei den anderen als Gefahren gedeutet), während grundlegende rechtliche Rahmenbedingungen nicht diskutiert werden. Digitalisierung ist aber mehr als Breitband und Flugtaxis. Es ist ein Prozess, der unser ganzes Leben verändert - und damit auch einen neuen Rechtsrahmen benötigt.

### Digitale Infrastruktur

Zentral für den Rechtsverkehr ist die Zustellung von Unterlagen per Post. In naher Zukunft muss es möglich sein, den Rechtsverkehr papierlos abwickeln zu können. Hierfür braucht jeder Bürger einen digitalen Briefkasten, der es ihm ermöglicht, Nachrichten und Dateien zuordenbar zu verschicken und zu erhalten. Bestehende, bisher kaum genutzte Systeme wie die DE-Mail können genutzt werden. Zugleich braucht es ein allgemein anerkanntes System, um Dokumente unveränderlich erstellen zu können - ein Äquivalent zu schriftlichen Urkunden. Solange elektronische Dokumente leicht verändert werden können, wird sich das Hinterlegen von schriftlichen Dokumenten und das Anlegen von Papierakten nicht vermeiden lassen. Wichtig ist, dass Insellösungen vermieden werden. Das problembelastete elektronische Anwaltspostfach ist ein abschreckendes Beispiel hierfür. Schließlich bedarf es eines Geldsystems, das dieselbe Anonymität gewährleistet wie Bargeld. Denkbar sind hier neben komplett digitalen Verfahren auch Geldkarten, die aufgeladen

werden können und nicht einem Besitzer zuzuordnen sind. In jedem Fall gilt es, einerseits schnell eine flächendeckende Infrastruktur zu schaffen, die an die Stelle analoger Systeme treten kann, welche andererseits aber auch die Gewähr bietet, die mit unserem herkömmlichen Freiheitsverständnis vereinbar ist.

### Privatsphäre

Die Digitalisierung verändert unsere Vorstellungen von Privatsphäre. Wenn Erinnerungen, Geheimnisse, Konservationen, mit einem Wort Daten jeder Art nicht mehr schriftlich niedergeschrieben werden, sondern auf Datenspeichern oder in Datenwolken liegen, wenn das Smartphone zu einer Art Gehirnergänzung wird, wenn immer mehr Wirtschaftsprozesse, aber auch Haushaltsgegenstände digital verknüpft sind, dann wird der fremdem Zugriff kategorisch entzogene Bereich der Privatsphäre immer kleiner. Die liberale Antwort darauf darf nicht Resignation sein, sondern eine mutige Transformation von Grundrechten in die digitale Welt. Schutz des Persönlichkeitsrechts heißt Datenerhebungs-, zumindest aber Datenverwertungsverbot dort, wo der Kernbereich der Persönlichkeit erfasst wird. Die Grenzen der Grundrechte dürfen sich nicht mit den Grenzen des technisch Machbaren verschieben. Zentral für die Sicherung eines angstfreien Diskurses ist das Recht auf Anonymität. Wenn 🖣 Meinungsstreit vor allem in digitalen Foren stattfindet, dann muss es auch möglich sein, anonym oder zumindest pseudonym daran teilzunehmen. Zugleich muss nach Lösungen gesucht 🕏 werden, wie der Manipulation von Meinungsbildung durch Bots  $\mathring{\mathbb{R}}$  und andere Programme entgegengewirkt, wie der bestimmende Einfluss von einzelnen Konzernen auf Wahlen und Meinungsbildungsprozesse eingehegt werden kann. Die Vorstellung, jede Interaktion im Internet – und damit der wesentliche Teil allen Handelns überhaupt – könne einem Menschen zugeordnet werden, ist beängstigend, weil er das Schreckensbild des gläsernen Bürgers verwirklicht und Tür und Tor öffnet für ein totalitäres Überwachungssystem, wie es in China gerade implementiert wird. Demgegenüber muss immer wieder klargestellt werden: Privatsphäre ist kein analoges Auslaufmodell.

### Automatisierte Entscheidungen

Hinter jeder staatlichen Maßnahme stehen am Ende verantwortliche Menschen. Was früher selbstverständlich war, ist heute fraglich geworden. Im Verwaltungsverfahrensgesetz ist neuerdings die Möglichkeit geregelt, einen Verwaltungsakt vollständig automatisiert zu erlassen (§35). Mit dem Aufkommen algorithmenbasierter, datengetriebener Programme werden die Bürger mehr und mehr zum Objekt entmenschlichter Entscheidungen. In den USA werden schon Straftäter unter Heranziehung von Prognosetools verurteilt. Hier bedarf es frühzeitig eines politischen Problembewusstseins und rechtlicher Leitplanken. Dies

betrifft insbesondere die Ausklammerung sensibler Entscheidungen, die Ausklammerung sensibler Daten für die Auswertung (insbesondere zur Verhinderung von Diskriminierung) sowie eine öffentliche Kontrolle über die Algorithmen. Dass Behörden oder Gerichte ungeprüft die Erkenntnisse privater Unternehmen zugrunde legen, wenn



in die Rechte der Bürger eingegriffen wird (wie in den USA bei Strafverfahren schon vorgekommen), darf nicht zugelassen werden. Wer oder was für die behördeninterne Willensbildung verantwortlich ist, darf keinen Einfluss auf den Rechtsschutz und die Verfahrensrechte des Bürgers haben.

### Künstliche Intelligenz

Automatisierung ist aber inzwischen nicht mehr das Ende der Entwicklung. Künstliche Intelligenz ist keine Science-Fiction mehr, sondern eine Realität, auf welche die Rechtsordnung sich einstellen muss. Hier stellen sich eine ganze Reihe von Fragen: Wer haftet für eine KI? Kann eine KI "Gedanken" haben, die z. B. für die Auslegung des Willens der Vertragsparteien im bür-

gerlichen Recht oder den Vorsatz im Strafrecht relevant sind? Kann eine KI Träger von Rechten und Pflichten, also ein Rechtssubjekt sein? Und vor allem: Gibt es ein Abstandsgebot von KI zu den Fähigkeiten des menschlichen Verstandes, das eingehalten werden muss? Das sind keine Detailfragen, die hinter verschlossenen Türen von wenigen Experten diskutiert werden können. Hinter vermeintlich technischen Einzelfragen stehen hier die Grundlinien menschlicher Gesellschaft schlechthin zur Disposition – und diese müssen in einem möglichst breiten Diskurs demokratisch ausgehandelt und entschieden werden.

### Fortschritt gestalten

Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden, sagt Möbius resignierend in Dürrenmatts "Die Physiker". In der Tat, sich einen Stillstand oder Rückschritt der technischen Entwicklung vorzustellen, hieße, den Kopf in den Sand zu stecken. Sich einfach nur gegen Veränderung zu wehren und altes Recht so lang wie möglich zu verteidigen, ist keine Option. Stattdessen ist es die Aufgabe der Jungen Liberalen, den Fortschritt in eine Richtung zu lenken, welche seine Vorteile nutzt und zugleich dafür sorgt, dass Freiheitsrechte nicht ins Hintertreffen geraten. Blinde Technikgläubigkeit ist ebenso fehl am

Platz wie pessimistische Zukunftsängste, die noch jedes Mal widerlegt wurden. Vielmehr ist die Digitalisierung als eine umfassende Umwälzung zu verstehen, die gewaltigen Schaden anrichten könnte, aber eben auch gewaltige Chancen bietet. Den gängigen Horrorszenarien müssen echte Visionen an die Seite gestellt werden. Gerade auf Gebieten, wo den Freien Demokraten aktuell die Grünen vorgezogen werden – Klima, Umweltschutz, Soziales und Partizipation –, lässt sich viel gewinnen. Der scheinbar unpolitische Charakter reiner Technik darf nie den Blick dafür verstellen, dass die Zukunft einer Gesellschaft stets eine politische Frage ist. Geben wir die Antworten darauf!

Marc Bauer (23) ist Jurist und stellvertretender Bezirksvorsitzender der JuLis Köln/Bonn. Ihr erreicht ihn unter:

marc.bauer@julis.de

# Freies Internet und Wettbewerbsfreihe



Tim Schütz (21) arbeitet in einem großen Bauunternehmen in Essen und leitet den LAK Digitalisierung in NRW. Bei diesem Thema konnte er mangels Interessenten nicht anders, als einen Diskussionsbeitrag zu liefern. Ihr erreicht ihn unter: tim.schuetz@julis-nrw.de Immer wenn in einer programmatischen Debatte mehrere urliberale Grundsätze aufeinanderstoßen, ist eine heiße Diskussion bereits vorprogrammiert. So auch bei der Netzneutralität: Die eine Seite wird in ihrer Aufhebung einen großen Schritt in Richtung der Vertragsfreiheit und eines freien Marktes sehen. Ich jedoch sehe in einer möglichen Aufhebung einen klaren Verstoß gegen die von Walter Eucken definierten regulierenden Prinzipien einer freien und funktionsfähigen Marktwirtschaft. Ein Mehrklassennetz würde zu einer sich zuspitzenden engen Oligopol-Stellung großer Internetfirmen und Netzbetreiber führen und würde den Versuchen zur Schaffung von mehr Wettbewerb und innovativen Ideen zum Wohle des Kunden vor den Kopf schlagen. Sollten durch Aufhebung der Netzneutralität in Zukunft die "Big Player" der Online-Branche ganz andere Möglichkeiten im Rahmen der Datenübertragung haben, wäre dies purer Hohn für die intensiven Bemühungen der NRW-Landesregierung um Wirtschaftsminister Pinkwart, welche vor allem die Bedingungen für innovative Start-ups fördern. Wie sollen sich neue Marktideen und Wettbewerbsalternativen durchsetzen, wenn ungleiche Startbedingungen innerhalb der Netzübertragung vorliegen? Wie soll es ein Unternehmen, das z. B. Social Media auf Basis von Blockchain entwickelt, nach Deutschland verschlagen, wenn die ohnehin noch langsame und datenintensive Blockchain-Technologie noch zusätzlich unter den Nachteilen einer Monopolbindung leidet? Man stelle sich ein Schienennetz in Deutschland vor, welches eine gewisse Maximalgeschwindigkeit in Summe besitzen würde. Wie sollte nun ein Konkurrenzunternehmen zur Deutschen Bahn Kunden gewinnen, wenn es zwar den besseren Service, den größeren Komfort und die interessanteren Bahnmagazine besitzt, jedoch nur mit 80 km/h durch das Land dümpeln dürfte, da die Deutsche Bahn bereits den Großteil der Geschwindigkeit für sich beanspruchen kann? Netzbetreiber argumentieren damit, dass durch die Aufhebung entstehende Mehreinnahmen sofort in den Netzausbau fließen würden, sodass der Kunde stetige Vorteile genießen würde. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn Deutschland vor der Herausforde-

rung des Netz- und Breitbandausbaus derartig kapitulieren würde, als ob das Akzeptieren von Monopolisierungen die einzige Chance wäre, den Problemen Herr zu werden. Die Jungen Liberalen fordern hier vollkommen zu Recht Maßnahmen wie eine Clusterbildung bei der Ausschreibung von Ausbaupaketen, um marktkonform auf Ausbaumängel zu reagieren.

Schwarzmaler haben Angst, dass, wenn bestimmte Daten nicht priorisiert werden können, in Zukunft autonome Autos reihenweise verunfallen, wichtige Datenübertragungen zusammenbrechen und eine Netzüberlastung auf Kosten der Bürger auftreten würde. Mir macht vielmehr die Angst vor der Angst Sorge. Deutschland muss endlich den Netzausbau marktkonform vorantreiben und nicht Ziele ausgeben, ohne Lösungen anzugehen, wie es die GroKo in Berlin vormacht. Mit dem Netz- und Breitbandausbau steht und fällt die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Deutschlands im globalen Kontext!

Da mir aber auch bewusst ist, dass ein sinnvolles Mittelmaß zwischen Monopolregulierung, Start-up-Förderung und dem Generieren von Kundenvorteilen bestehen muss, gefällt mir die Gangart der Bundesnetzagentur im Umgang mit Zero-Ratings. Diese erlauben gegen Zahlung einer zusätzlichen Gebühr, dass Dienste bestimmter Anbieter nicht auf das verbrauchte Datenvolumen angerechnet werden. Ein Beispiel ist die Kooperation der Telekom mit Spotify. Dem Kunden werden durch diesen Deal kurzfristig, also in der Unwissenheit möglicher innovativer Wettbewerber, Vorteile ermöglicht, die genutzt werden sollen. Die Bundesnetzagentur prüft hier von Fall zu Fall und genehmigt solche Verträge zumeist nur mit Auflagen, welche sich auf eine zeitliche Begrenzung des Angebots und Ausnahmen beziehen.

Die Jungen Liberalen sehe ich als die Jugendorganisation der Startchancengerechtigkeit. Das Internet und die Digitalisierung bieten die Möglichkeit für beispiellose Aufstiege durch innovative Ideen. Wir sollten genau überlegen, ob wir diesen Status zumindest ankratzen und uns für eine Aufhebung der Netzneutralität aussprechen

...

### Netzneutralität – Wettbewerb oder Verbote?

Das Thema "Netzneutralität" ist von besonderer Brisanz. Einige Akteure fordern dogmatisch, Netzneutralität im Grundgesetz zu verankern, und sehen in einer absoluten Netzneutralität die notwendige Bedingung für einen freien Meinungsaustausch im Internet. Ist das wirklich der Fall?

Was ist "Netzneutralität" überhaupt? Daten im Internet werden in Paketen übertragen. Im strengsten Sinn (von dem ausgegangen werden muss, wenn der Begriff nicht weiter spezifiziert wird) heißt Netzneutralität, dass alle Pakete gleich behandelt werden müssen. Egal woher sie kommen, wohin sie gehen und was ihr Inhalt ist. Auf den ersten Blick erscheint das vernünftig, aber vieles wird dabei ausgeblendet. Angela Merkel geriet gegen Ende 2014 in die Kritik, weil sie das "Ende der Netzneutralität" sieht. Ihre Forderung? Datenpakete von autonomen Autos und der Telemedizin (u. a. Operationen über das Internet) sollen bevorzugt behandelt werden. Bei diesen Punkten ist es absolut zwingend, die Netzneutralität zugunsten des Schutzes des Lebens aufzuweichen schließlich wäre es wirklich bedauerlich, wenn der Arzt keine flüssige Verbindung herstellen kann, um einen Patienten über das Internet zu operieren, weil ein Nachbar die Leitungen schon mit Netflix auslastet.

Solche Anwendungsfälle sollten eigentlich schon ausreichen, um Netzneutralität nicht mehr als den heiligen Gral der Internetfreiheit hochzuhalten. Aber auch auf einer weniger emotionalen Ebene ist es richtig, nicht einfach blind Netzwerkneutralität zu fordern. Internetprovider haben, wie jeder Einzelne und damit auch jedes Unternehmen, das Recht auf Vertragsautonomie. Eingriffe in diese Freiheit müssen wirklich gut begründet werden. Insbesondere Zero-Ratings (Nichtanrechnung von bestimmten Services auf das Datenvolumen) sind ein sinnvolles Werkzeug für Provider, um Kunden einen besseren Service anbieten zu können. Vodafone bietet beispielsweise sogenannte "GigaPässe" an. Mehrere Websites und Services einer bestimmten Art, zum Beispiel Social-Media-Netzwerke, werden in einem Paket gebündelt. Besitzer eines solchen Passes

nen dann alle Services in diesem Paket nutzen, ohne dass das auf das Datenvolumen angerechnet wird. Durch diese Art der positiven Diskriminierung profitieren alle: Social-Media-Netz-werke und -Nutzer freuen sich, weil ich häufiger meinen Status update, ohne Angst zu haben, danach kein Datenvolumen mehr zur Verfügung zu haben, und Vodafone hat ein neues Angebot geschaffen, das mehr Kunden zu Vodafone lockt. Ich vermute, dass durch einen intensiven Einsatz von Zero-Ratings endlich das Konzept von "Datenvolumen" vollständig obsolet wird. Provider überbieten sich gegenseitig mit den Services, die sie zero-raten, sodass irgendwann praktisch gar nichts mehr angerechnet wird. Diese Entwicklung müssen wir jedoch zulassen, ohne in Ideologie zu verfallen.

Natürlich muss es auch hier Grenzen geben. Die Bundesnetzagentur hat dafür Sorge zu tragen, dass Provider es mit ihrer Vertragsautonomie nicht übertreiben, sie nicht zum Schaden anderer Anbieter und somit der Allgemeinheit ausnutzen. Einschränkungen der Netzwerkneutralität dürfen nicht dazu genutzt werden, Meinungen zu zensieren oder den freien Austausch einzuschränken. Genauso muss die Bundesnetzagentur darauf achten, dass Provider nicht nur ihre eigenen Services nicht aufs Datenvolumen anrechnen und sich dadurch Monopole bilden. Kurz: Die Bundesnetzagentur muss ihrer Aufgabe nachkommen – die Aufrechterhaltung und Förderung des Wettbewerbs in Netzmärkten.

Nicht die fehlende Netzneutralität ist das Problem – es ist mangelnder Wettbewerb zwischen den Netzbetreibern. Die EU-Kommission hat einige wegweisende Vorschläge gemacht: Nutzer müssen transparent über die Einschränkungen der Netzneutralität in ihren Netzwerken informiert werden. Wenn ich mit dem Angebot meines Providers nicht zufrieden bin, dann suche ich mir einen neuen. Das muss allerdings auch leicht möglich sein! Das ist die Baustelle, um die wir uns kümmern sollten: Wettbewerb zwischen Providern. Damit beheben wir die Ursache von schlechtem Service – Netzneutralität streng dogmatisch, im schlimmsten Fall verfassungsrechtlich durchzusetzen ist nichts anderes als die oberflächliche Behandlung von Symptomen.



Ralf Keller (21) ist Student und stellvertretender Vorsitzender des BV OWL. Ihr erreicht ihn unter: ralfk@julis.de

### Auf dem Weg zum Smart Hospital: Vernetzen first, versorgen second?

Montagmorgen, 8 Uhr im Hörsaal der Chirurgie. "Die Anamnese ist das A und O einer erfolgreichen Erstversorgung! Merken Sie sich das, das gilt in jedem Fach, sogar bei den Dermatologen!", sagt der Dozent wie von der Kanzel gesprochen. Was aber, wenn wir das Unfallereignis gar nicht kennen, weil der demente Patient längst vergessen hat, warum er gerade Schmerzen erleidet? Was, wenn sich keine Angehörigen oder Pflegekräfte um ihn oder sie kümmern und nur die Nachbarin einen Knall in der Wohnung gegenüber gehört hat?

Derartige Lücken in der Anamnese behindern eine rasche und präzise auf den Patienten abgestimmte Erstversorgung immens; Fragen nach Allergien wie zum Beispiel auf Narkotika oder andere Medikamente schließen sich diesen gar noch an und vergrößern das Risiko für den Patienten unnötigerweise! Wir hätten

längst zahlreiche Möglichkeiten, um das zu verändern. Gerade die Medizin birgt seit jeher ein riesiges Innovationspotenzial und es wird allerhöchste Zeit, auch in diesem Bereich die Digitalisierung Fuß fassen zu lassen.

Denken wir uns hier also anhand eines Fallbeispiels, wie ein solcher "E-Health-Kreislauf" aussehen müsste: Herr P., 76 Jahre alt, lebt allein und wird immer unsicherer bei alltäglichen Aufgaben. Beim Gang ins Bad stolpert er über eine Stufe, bricht sich beim Sturz den Fersensporn und prellt sich Brust und Schläfe – er wird bewusstlos. Durch die Erschütterung aktiviert, meldet sich sein Hausnotruf-Armband und nachdem Herr P. nicht reagiert, wählt es automatisch den Notruf. Über

ein TAN-System können die Sanitäter die Haustür öffnen und fahren Herrn P. in die nächste Klinik. Bereits auf dem Weg im Rettungswagen sendet die Sanitäterin alle fallbezogenen Daten, wie zum Beispiel Vitalparameter und festgestellte Verletzungen, an die Notaufnahme, die dann über die Krankenkassenkarte von Herrn P. Zugriff auf seine Patienten-Cloud hat, in welche dieser neue Fall sofort hochgeladen wird.

Diese Patienten-Cloud, die seine Hausarztpraxis zuvor anlegte, speichert wichtige Informationen, wie beispielsweise Herrn P.'s Leiden an maligner Hyperpyrexie. Dabei handelt es sich um einen mutierten Rezeptor, der unter Einwirkung von Nar-

kosemitteln mit einer Überreaktion antwortet. Dadurch kann es letztendlich zu einer starken Temperaturerhöhung bis hin zum Kreislaufversagen kommen. Der Dozent vom Beginn hat also Recht: Eine gute Anamnese kann Leben retten!

All solche "Red Flags" zeigt die Cloud dem Ärzte-Team hier aber gleich an und sie können die personalisierte Therapie beginnen. Dabei verliert das Team auch nicht die Zeit bis zum Arbeitsbeginn der Hausärztin nach dem Wochenende. Sie folgern gleich aus den Cloud-Dateien, dass sie Herrn P. nicht im MRT untersuchen dürfen, da er einen älteren Herzschrittmacher trägt. Die Klinik selbst greift dann weiter auf die Cloud zu. Dadurch kann nicht nur der interdisziplinäre Informationsaustausch optimiert werden, sondern auch die Physiotherapie nach Entlassung weiß, wie sie ihre Übungen für Herrn P. einzusetzen



hat.

Dieser beispielhafte Fall soll nur eines zeigen: Das nicht genutzte Potenzial einer ganzheitlichen und interdisziplinär abgestimmten Therapie ist schier unendlich!

Das Uniklinikum Essen nimmt hier mit seinem Ziel, ein "Smart Hospital" zu werden, eine Vorreiterrolle ein. Das Klinikum erkennt die gesteigerte Belastung für Ärzte und Pflegekräfte durch administrative Prozesse und sich wiederholende Aufgaben und sieht hier eine große Chance, die Digitalisierung zur Entlastung zu nutzen. Der eigentliche Fokus liegt dabei natürlich auf der Patientenversorgung und schon jetzt vergleichen Computersysteme

ganze Therapiekonzepte auf ihre Vor- und Nachteile sowie Neben- und Wechselwirkungen, sodass sie am Ende eine individuell abgestimmte Therapie vorschlagen. Außerdem weist das Krankenhaus eine App für intensivere Patientenbegleitung sowie ein digitales Callcenter, eine Abteilung für künstliche Intelligenz und eine weitere für 3D-Druck auf.

Die Richtung stimmt also und die Zahlen bestätigen dies: Laut der "Sherlock in Health"-Studie von PcW könnte der breite Einsatz von KI durch die Früherkennung und bessere Therapie von Millionen von Menschen die Gesundheits- und Folgekosten in Europa in den nächsten fünf Jahren um eine dreistellige Milliardensumme senken!

Die Basis dafür ist aber die digitale Patientenakte, wie auch der Vorstand der Klinik es betont. Bis 2019 soll diese auch vollständig eingeführt sein. Durch die daraus entstehenden neuen Anforderungen an die Belegschaft werden Fortbildungen nötig – genau das, lebenslanges Lernen, bringt der sich digitalisierende Arbeitsmarkt aber mit sich.

Das Beispiel aus Essen zeigt auf, wie man dies im Sinne der bestmöglichen Versorgung weiter angehen muss! Insbesondere die Universitätskliniken sollten für diesen Transformationsprozess Schrittmacher sein. Diese Bestrebungen sollte daher auch die Landesregierung unter anderem im Rahmen der Krankenhausplanung honorieren und unterstützen.

Hebt man die Idee nun abseits der Klinik in den hausärztlichen Bereich, zeigt sich auch hier ein beeindruckender Handlungsspielraum: Sobald man eine flächendeckende Nutzung der Patienten-Cloud etabliert hat, würde dies vor allem die konsiliarische Korrespondenz zwischen Hausund Fachärzten um ein Vielfaches effizienter gestalten. Momentan ist es üblich, dass ein Patient seinen Arztbrief vom Facharzt selbst mitbringen muss und im besten Fall noch ein

> Lennard Kroll (21) ist im Kreisvorstand der JuLis Bochum. Er studiert Medizin im 6. Semester in Essen und promoviert im Bereich Unfallchirurgie. Dabei famulierte er u. a. bereits bei einem Landarzt und arbeitet in einer der Bochumer Unikliniken.

lennard97@gmx.de

zweiter per Post geschickt wird. Das erinnert an vorsintflutliche Zeiten. Natürlich ist der Schutz sensibler Patientendaten einer der wichtigsten Punkte für die Schaffung eines solchen Systems. Dies ist aber gewiss nicht unmöglich.

Über ein solches geschütztes Kommunikationssystem sollte dann nicht nur der autorisierte Zugriff auf die vollständige Patientenakte erfolgen können, sondern auch, und das kommt gerade Patienten in ländlichen Regionen zugute, ein Arztgespräch via Webcam. Dies spart insbesondere auf dem Land Ressourcen, sodass Hausbesuche durch selbst anzulegende Devices wie Pulsoxymeter, Blutdruckmessgeräte, Live-Stethoskope usw. zunehmend obsolet werden können. Immer noch werden diese Fahrten nicht nur unrentabel abgerechnet, sondern stellen auch noch riesige Zeitfresser im Arbeitsalltag des Arztes dar. Auch im städtischen Umfeld können so einfache Kontrolltermine und Marginalien übernommen und das Wartezimmer zugunsten der dringlicheren Fälle geleert werden.

Wie ein solches Krankenhaus also konkret aussehen sollte? Ein Smart Hospital verkürzt entscheidende Informationsvermittlungswege durch konsequente Vernetzung. Angefangen mit der Notaufnahme, in der das Team schon aus dem Rettungswagen heraus "gebrieft" wird und die Patientenakte aufrufen kann, erstreckt sich diese interdisziplinäre Kommunikation über alle Funktionseinheiten, die ein Patient durchläuft, und wird ständig mit neuen Befunden aktualisiert. Auch das Pflege-Team wird hier inkludiert und spart vor allem bei der Dokumentation viel Arbeitszeit. Komplettiert wird diese Vernetzung durch den mutigen Einbezug von innovativen Behandlungswerkzeugen, beispielsweise OP-Robotern wie dem DaVinci-Roboter. Computersysteme, die auf Krankheitsfrüherkennung spezialisiert sind, berechnen auf Basis der Krankheitsgeschichte Risiko-Scores und erleichtern Ärzten so die frühzeitige Prognose.

All dies ist momentan noch Zukunftsmusik – die Mittel dazu stehen aber längst bereit! Es braucht auch vonseiten der Regierung nun mehr Mut, dies in einen Masterplan einzupflegen und dann strukturpolitisch unverzüglich tätig zu werden!



### Junge Liberale: Forderungen statt Schokolade im Stiefel der FDP

Am Morgen des Nikolaustages fanden die Abgeordneten der FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag statt Schokolade, Nüssen und Apfelsinen einen prall gefüllten Wunschzettel ihrer Jugendorganisation mit Projekten für das Jahr 2019 in ihren Stiefeln und Schuhen vor. Hier könnt ihr den kleinen Brief unseres Landesvorsitzenden Jens an die Landtagsabgeordneten in Düsseldorf lesen.

Lieber Joachim Stamp,

ein spannendes und ereignisreiches politisches Jahr 2018 neigt sich dem Ende zu. Als Junge Liberale Nord-rhein-Westfalen sind wir zufrieden mit den vielen Erfolgen unserer FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag und der schwarz-gelben NRW-Koalition. Besonders hervorheben möchte ich den schuldenfreien Haushalt, die geplante Einführung des Schulfachs Wirtschaft und auch die deutlichen Korrekturen am Polizeigesetz, welche wir im Vorfeld eingefordert haben.

Nun steht ein weiteres Jahr in Verantwortung vor der Tür und wir wollen am Nikolaustag die Möglichkeit nutzen, unsere Wünsche für das Jahr 2019 an Sie zu richten. Unsere stärkste Wählergruppe bei der Landtagswahl 2017 waren die Jung- und Erstwähler. Dieses Ergebnis verpflichtet uns Freie Demokraten, insbesondere auch die Themen, die dieser Generation besonders wichtig sind und die sie besonders betreffen, anzugehen. Unser Anspruch bis zum Ende der Legislaturperiode sollte es sein, diese Jung- und Erstwähler zu überzeugten Stammwählern zu machen. Aus diesem Grund haben wir folgende Forderungen auf unserem jungliberalen Wunschzettel zum Nikolaustag stehen:

- das Jugendschutzgesetz muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Das bedeutet für uns, dass zeitliche Ausgehbeschränkungen für den Besuch von Gaststätten, Tanzveranstaltungen usw. nicht mehr für Jugendliche ab 16 Jahren gelten sollen, wie es auch im Koalitionsvertrag der NRW-Koalition festgehalten ist
- keine Änderungen der Regelungen zu Anwesenheitspflichten an unseren Hochschulen, die insbesondere das eigenverantwortliche und selbstbestimmte Studieren einschränken
- die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung eines unabhängigen und direkt gewählten Landes-Jugend-

parlaments, welches über ein Antragsrecht gegenüber dem Landtag verfügt.

Darüber hinaus wünschen wir uns für das Jahr 2019, dass unsere Landtagsabgeordneten noch ein weiteres Herzensprojekt der Jungen Liberalen NRW auf die politische Tagesordnung setzen.

Wir sind davon überzeugt, dass demokratische Teilhabe von jungen Menschen das beste Mittel gegen Populisten ist und gleichzeitig unsere Demokratie stärkt. Man mag zu ihr stehen, wie man will, aber die Abschaffung der Stichwahl bei den Kommunalwahlen hat gezeigt, dass auch Punkte, die bisher noch nicht im Koalitionsvertrag vereinbart sind, gemeinsam mit der CDU umgesetzt werden können. Wir wünschen uns, dass der Beschluss vom letzten Landesparteitag der FDP im Frühjahr, das Wahlalter auf Landesebene auf 16 Jahre abzusenken, in Regierungshandeln umgesetzt wird.

Damit würde lediglich eine Angleichung analog zum Kommunalwahlrecht, das ein Wahlrecht ab 16 bereits vorsieht, erfolgen. Niemand kann uns erklären, warum eine 17-Jährige darüber bestimmen darf, wer der Bürgermeister ihrer Kommune wird, nicht aber darüber, wer ihre Interessen, beispielsweise in der Bildungspolitik, als Landtagsabgeordneter in Düsseldorf vertritt.

Unser Vorschlag wäre es, gemeinsam mit der CDU auf die Opposition zuzugehen und erneut vorzuschlagen, dieses Projekt gemeinsam mit der Einführung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verwirklichen – dies wäre ein weiteres starkes Zeichen für eine zukunftsgerichtete und generationengerechte Politik. Wir wünschen uns sehr, dass unsere Abgeordneten dafür den Anstoß geben.

Wir freuen uns sehr über eine persönliche Rückmeldung auf Facebook, Instagram, Twitter oder auch per Post.

Ich wünsche im Namen der Jungen Liberalen NRW und auch ganz persönlich besinnliche und erholsame Festtage im Umfeld der Liebsten sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr 2019!

Jens Teutrine (24)

ist Landesvorsitzender der JuLis NRW und Student der Philosophie. Ihr erreicht ihn unter:

jens.teutrine@julis-nrw.de



### Frag Dr. Guidato

### ... unser Dr. Sommer

Politiker geben sich manchmal als unnahbare Experten für alle Themengebiete. Die Jungen Liberalen NRW können sich in dieser Hinsicht glücklich schätzen, wirklich einen Experten für jedes Themengebiet zu haben. Dr. Patrick Guidato beantwortet in der Folge bierernst jede Frage, die ihm von euch zugegangen ist.

56

### Eric S. aus V. fragt:

Lieber Herr Dr. Guidato, wieviel Globulli muss ich einnehemen, nachdem ich genmanipulierte Lebensmittel gegessen habe?

### **Dr. Guidato**

Lieber Eric,

Zum Glück ist das eher eine theoretische Frage, da genmanipulierte Lebensmittel des Teufels sind und in der ganzen EU wie Streubomben geächtet werden. Aber vielleicht gönnst du dir stattdessen einen schönen Antibiotika-Hähnchendöner. Da kannst du die Globulli getröst weglassen.

Dr. Guidato ist 33 Jahre alt, hat

an der Schule des Lebens promoviert und ist

Experte von Beruf.

Nebenher hat er noch
in Biochemie promoviert und forscht
hobbymäßig an Globuli für die Farmerlobby.

Seine aktuellen Forschungen beschäftigen sich mit der

Messung von Feenstaub im Auftrag der DUH.

56

### David B. aus D. fragt:

Lieber Herr Dr. Guidato, wie kann ich RWE-Aktien kaufen?

### Dr. Guidato

Lieber David, Wie du RWE-Aktien kaufen kannst? Mit Geld. Du bist doch bei den JuLis oder? Beauftrage doch einfach deinen Stockmanager.



### Elisa F. aus B. fragt:

Lieber Herr Dr. Guidato, Wir reden bei den JuLis nie über die Verbeamtung von Lehrern. Wie stehst Du zu diesem Thema?

### **Dr. Guidato**

Liebe Elisa, auf einer Linie mit unserer Beschlusslage: abschaffen. Und du? Witzig übrigends, dass selbst bei diesem Format über Bildung gesprochen wird. Geht bei den JuLis wohl nicht anders...



### Tim S. aus E. fragt:

Lieber Herr Dr. Guidato, Was kann ich für mein Leben von Dirk Niebel lernen?

### **Dr. Guidato**

Lieber Tim, sicherlich eine Menge über Zollangelegenheiten und fliegende Teppiche.



### David B. aus D. fragt:

Lieber Herr Dr. Guidato, Wie sieht die Zukunft des Automobils aus? Werden sich Elektroautos oder andere Antriebe durchsetzen?

### **Dr. Guidato**

durchsetzen.

Lieber David, ich glaube das Automobil wird sich nicht durchsetzen. Ich würde weiterhin auf die Pferdekutsche setzen, die ist nachhaltig, erzeugt biolgisch abbaubare Abgase und besteht aus nachwachsenden Rohstoffen. Spaß beiseite. Solange es keinen Innovationssprung bei Batterien gibt, wird sich das E-Auto auch nicht mit brachialer politischer Gewalt kaum



### Fabian S. aus B. fragt:

Lieber Herr Dr. Guidato, Würdest Du lieber in einer Welt, in der es nur homöopatische Arzneimittel gibt leben oder in einer Welt, in der Du jeden Morgen von Anton Hofreiter geweckt oder von Claudia Roth ins Bett gebracht wirst?

### Dr. Guidato

Lieber Fabian, in einer Welt, in der es nur homöopatische Arzneimittel (ein schönes Paradoxon) gibt würde wohl niemand sehr alt werden. In einer Welt in der ich jeden Morgen Toni Hofreiter und jeden Abend Claudia Roth sehe, würde nur ich nicht sehr alt werden. Ich denke dieses Opfer würde ich bringen.



### Ralf K. aus P. fragt:

Lieber Herr Dr. Guidato, ich habe Globulli genommen, um meine Erkältung zu bekämpfen und bereits nach zwei Wochen der Anwendung war meine Erkältung weg. Kann ich nun gegen jede Erkältung Globulli nehmen?

### Dr. Guidato

Lieber Ralf,

Ja! Du kannst gegen jede Erkältung Globulli nehmen. Als Mitglied bei den JuLis hast du ja den Vorurteilen zufolge reiche Eltern und genug Geld. Was ich aber noch mehr empfehlen würde, wäre die Energetisierung deines Kapitals. Überweise es einfach auf mein Konto, wenn du das nächste Mal erkältet bist. Du wirst sehen, schon nach zwei Wochen bist du wieder ganz fit.





### Mein Gesundheitstipp:

Vorteile clever kombinieren. Gesetzlich versichert – privat behandelt.

**BestMed Kombitarife zur GKV.**Zusatzversicherung für gesetzlich Versicherte.

Einfach anrufen: 0179 4691889



Alle DKV-Produkte gibt es auch bei: Sebastian T. Stachelhaus www.ergo-stachelhaus.de 0179 4691889 Alte Rather Str. 108, 47802 Krefeld